

Auf dem Deckblatt

1		10	11	17	18
		12	13	19	
2	3	14		20	21
4		15		22	23
6	7	16		24	
8	9				

1. Die Hohe Vertreterin/Kommissionsvizepräsidentin und der Außenminister des Iran erörtern das iranische Nuklearprogramm. (© Europäische Union)
2. Die Wettbewerbskommissarin kündigt kartellrechtliche Untersuchungen gegen Google an. (© Europäische Union)
3. Ungarische Soldaten errichten einen Zaun an der Grenze zu Kroatien. (© Associated Press)
4. Der Kommissionspräsident bei der Eröffnung der Klimakonferenz in Paris (© Europäische Union)
5. Der für Finanzdienstleistungen zuständige Kommissar eröffnet den Handel an der Londoner Börse. (© Europäische Union)
6. Demonstranten vor dem griechischen Parlament am Abend des Referendums (© Associated Press)
7. Führende Politiker/-innen der EU, Deutschlands, Griechenlands und Frankreichs erörtern die griechische Finanzlage. (© Europäische Union)
8. Der Kommissionspräsident und die Staats-/Regierungschefs von Spanien, Frankreich und Portugal kündigen eine bessere Anbindung der Iberischen Halbinsel an den EU-Energiemarkt an. (© Europäische Union)
9. Führende Politiker/-innen der EU, Estlands, Litauens, Lettlands und Polens kündigen das Gasverbundprojekt zwischen Polen und Litauen an. (© Europäische Union)
10. Ein Such- und Rettungseinsatz im Mittelmeer im Rahmen der Operation Triton (© Frontex)
11. Der britische Premierminister präsentiert seine Vorschläge für die Neuverhandlung der Beziehungen des Vereinigten Königreichs zur EU. (© Associated Press)
12. Der Europäische Rat tagt in Brüssel. (© Europäische Union)
13. Europäische Milchbauern demonstrieren in Brüssel. (© Associated Press)
14. Der Kommissionspräsident und die Staats-/Regierungschefs Griechenlands, Frankreichs und Belgiens auf dem Euro-Gipfel (© Europäische Union)
15. Der Parlaments- und der Kommissionspräsident auf dem Treffen der Staats- und Regierungschefs zu den Flüchtlingsströmen auf der Westbalkan-Route (© Europäische Union)
16. In Griechenland eintreffende Flüchtlinge (© Europäische Union)
17. Die Staats- und Regierungschefs auf dem G7-Gipfel (© Europäische Union)
18. Der Präsident der Eurogruppe steht der Presse Rede und Antwort. (© Europäische Union)
19. Nach dem Anschlag auf die Konzerthalle Bataclan in Paris werden die Verletzten von den Rettungsdiensten versorgt. (© Associated Press)
20. Der Ratspräsident auf einer Pressekonferenz (© Europäische Union)
21. Unterzeichnung der Vereinbarung über den Europäischen Fonds für strategische Investitionen (© Europäische Union)
22. Schweigeminute auf der Place de la République (Paris) nach den Terroranschlägen im November (© AFP)
23. Demonstration gegen die Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (© Associated Press)
24. Führende Politiker der EU und der Ukraine auf dem 17. EU-Ukraine-Gipfel (© Europäische Union)

Die EU im Jahr 2015

DAS WICHTIGSTE IM ÜBERBLICK



Eine interaktive Fassung dieser Publikation mit Links zu Online-Inhalten ist in den Formaten PDF, ePUB und HTML unter folgender Adresse verfügbar:

europa.eu/general-report/de

Die nachstehende Einleitung wurde aus dem Gesamtbericht über die Tätigkeit der Europäischen Union übernommen, der unter der gleichen Internet-Adresse verfügbar ist.

Die EU im Jahr 2015 – Das Wichtigste im Überblick

Europäische Kommission
Generaldirektion Kommunikation
Bürgerinformation
1049 Bruxelles/Brussel
BELGIQUE/BELGIË

Print	ISBN 978-92-79-49697-4	ISSN 2443-9088	doi:10.2775/00325
PDF	ISBN 978-92-79-49683-7	ISSN 2443-9312	doi:10.2775/518748
EPUB	ISBN 978-92-79-49754-4	ISSN 2443-9312	doi:10.2775/59994
HTML	ISBN 978-92-79-54832-1	ISSN 2443-9312	doi:10.2775/781513

Luxemburg: Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Union, 2016

© Europäische Union, 2016

Nachdruck gestattet. Für die Verwendung oder Reproduktion einzelner Fotos muss die Genehmigung der Copyright-Inhaber eingeholt werden.

BILDNACHWEISE

Alle Bilder © Europäische Union, ausgenommen:

Deckblatt: Copyrights wie auf der Deckblatt-Rückseite angegeben

Seiten 6, 7, 8, 9: © Fotolia

Seite 12: © AFP

Einleitung



Jean-Claude Juncker, Präsident der Europäischen Kommission, hält seine Rede zur Lage der Union 2015 vor dem Europäischen Parlament. Straßburg, 9. September 2015

Bei meinem Amtsantritt im November 2014 hatte ich einen neuen Start für Europa angekündigt und erklärt, dass sich diese Kommission auf zehn politische Prioritäten konzentrieren werde, die sich an den wichtigsten Herausforderungen für Wirtschaft und Gesellschaft ausrichten. Doch 2015, im ersten Jahr unseres Mandats, wurde die EU mit einer Reihe von Krisen konfrontiert, die wir unter den Augen der Weltöffentlichkeit zu bewältigen hatten.

Im Januar und im November wurden in Paris schreckliche Terroranschläge verübt. Gemeinsam mit den Mitgliedstaaten mussten wir Maßnahmen ergreifen, um das Risiko, dass solche Angriffe zu einem wiederkehrenden Phänomen werden, einzudämmen. Die im April verabschiedete Europäische Sicherheitsagenda zeigt auf, wie die EU zu einem wirksameren, koordinierten Ansatz zur Bekämpfung von Terrorismus, organisierter Kriminalität und Cyberkriminalität beiträgt. Auf Grundlage dieser Agenda hat die Europäische Kommission im Dezember eine Reihe von Maßnahmen vorgeschlagen, um die Terrorismusbekämpfung zu verstärken und besser gegen den illegalen Handel mit Feuerwaffen und Sprengstoff vorzugehen. Außerdem erzielten die Mitgliedstaaten eine Einigung über das von der Kommission vorgeschlagene EU-System für Fluggastdatensätze. Damit wird sichergestellt, dass die Fluggesellschaften den Mitgliedstaaten die Daten der Personen bereitstellen, die in die EU einreisen oder aus ihr ausreisen. Dies ist ein wichtiges Element der Sicherheitspolitik der EU.

Zugleich wurden wir 2015 auf unserem Kontinent Zeugen der größten Massenmigration seit dem Zweiten Weltkrieg: Hunderttausende von Flüchtlingen aus Konfliktgebieten trafen in Europa ein. Über eine Million Menschen machten sich auf die lange, gefährliche Reise, die meisten auf der Flucht vor Krieg und Terror in Afghanistan, Eritrea, Libyen und Syrien.

Anfang des Jahres legte die Kommission einen Vorschlag für eine umfassende Migrationspolitik vor und ergriff Sofortmaßnahmen zur Bewältigung der Krise. Wir haben unsere Präsenz im Mittelmeer verdreifacht, um Menschenleben zu retten, und die Bekämpfung krimineller Menschenhändler- und Schleusernetze verstärkt.

Auf Initiative der Kommission einigten sich die Mitgliedstaaten auf Regeln für die Umverteilung und Neuansiedlung von Hunderttausenden Menschen, die unzweifelhaft internationalen Schutz benötigen. In den am stärksten betroffenen Mitgliedstaaten helfen die EU-Agenturen den oft überlasteten nationalen Behörden weiter dabei, die ankommenden Migranten zu identifizieren, zu überprüfen und bei ihnen Fingerabdrücke zu nehmen, die Bearbeitung der Asylanträge zu beschleunigen und die Rückführung derjenigen zu koordinieren, die keinen Anspruch auf Schutz haben. Zugleich hat die EU Milliarden von Euro mobilisiert, um den an unseren Küsten angekommenen Flüchtlingen und denjenigen in unseren Nachbarländern zu helfen. Parallel dazu haben wir unsere Anstrengungen verdoppelt, um gegen Menschenschmuggler vorzugehen und Menschenhändlerringe zu zerschlagen. Im Oktober einigten sich in Brüssel elf Länder auf einen 17-Punkte-Plan, um die Flüchtlingsströme auf der Westbalkan-Route in geordnete Bahnen zu lenken, während im November in Valletta ein Nothilfe-Treuhandfonds der EU für Afrika eingerichtet wurde, um die Ursachen der irregulären Migration, die die Menschen in die Flucht treiben, in Angriff zu nehmen: Armut, Krieg, Verfolgung, Menschenrechtsverletzungen und Naturkatastrophen.

Es liegt auf der Hand, dass sich das Problem der Flüchtlingskrise nicht einfach von selbst lösen wird. Die Krise hat unmissverständlich deutlich gemacht, welcher Bedarf an Soforthilfe besteht, aber auch die Grenzen der EU-Migrationspolitik und des ihr zur Verfügung stehenden Instrumentariums aufgezeigt. Aber wir müssen und werden unsere Anstrengungen zur Krisenbewältigung fortführen. Als Europäer sollten wir nicht vergessen, dass auf unserem Kontinent fast jeder eine Flüchtlingsgeschichte hat. In unserer gemeinsamen Vergangenheit mussten Millionen von Europäern vor religiöser und politischer Verfolgung, vor Krieg, Diktaturen und Unterdrückung fliehen.

Anfang dieses Jahres machten wir eine schwierige Zeit durch, als Griechenlands weitere Mitgliedschaft im Euro-Währungsgebiet infrage stand. Nach monatelangen Verhandlungen und vielen schwierigen Situationen wurde schließlich im August ein neues Stabilitätshilfeprogramm für Griechenland vereinbart. Ich hatte niemals daran gezweifelt, dass wir eine Lösung finden würden; schließlich ist die Einführung des Euro eine unwiderrufliche Entscheidung, und alle Mitglieder stehen zusammen, damit die gemeinsame Währung eine Erfolgsgeschichte bleibt. Die Folgen der Griechenland-Krise sind im Euro-Währungsgebiet und in der gesamten europäischen Wirtschaft und Gesellschaft jedoch weiter zu spüren. Deshalb wünsche ich mir, dass das Programm, auf das wir uns geeinigt haben, von jeder griechischen Regierung – der alten, der heutigen und der künftigen – eingehalten wird.

Die Krise wird überwunden sein, wenn Europa zur Vollbeschäftigung zurückgefunden hat. Derzeit sind in der Europäischen Union noch mehr als 23 Millionen Menschen ohne Arbeit. Diese Zahl ist unannehmbar hoch. Daher müssen wir in Europas Quellen für Arbeitsplätze und Wachstum investieren, insbesondere in unseren Binnenmarkt, und unsere Wirtschafts- und Währungsunion vollenden, um die Voraussetzungen für eine dauerhafte Erholung zu schaffen. An beiden Fronten haben wir gehandelt.

Beispielsweise haben wir die 315 Mrd. EUR umfassende Investitionsoffensive auf den Weg gebracht, mit der über zwei Millionen Arbeitsplätze geschaffen werden sollen. Die ersten Projekte sind bereits angelaufen, und viele weitere werden folgen. Parallel dazu entwickeln wir unseren Binnenmarkt weiter, um Menschen und Unternehmen in allen 28 Mitgliedstaaten mehr Chancen zu bieten. Mit Projekten wie dem digitalen Binnenmarkt, der Kapitalmarktunion und der Energieunion bauen wir Hindernisse für grenzüberschreitende Aktivitäten ab und fördern gleichzeitig Innovationen, bringen Talente zusammen und verbessern das Angebot an Dienstleistungen und Produkten.

Im Juni habe ich zusammen mit den Präsidenten anderer maßgeblicher EU-Institutionen einen Bericht über die Vollendung unserer Wirtschafts- und Währungsunion vorgelegt. Die fünf beteiligten Präsidenten haben einen Fahrplan vereinbart, der es uns ermöglichen sollte, das Euro-Währungsgebiet bis Anfang 2017 zu stabilisieren, um dann auf der Grundlage einer erneuten Konvergenz unserer Volkswirtschaften die Krisenbewältigung hinter uns zu lassen und Wachstumsperspektiven zu eröffnen. Es war eine mutige politische Entscheidung, inmitten der Griechenland-Krise nach vorn zu blicken.

Im Dezember spielten die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten eine zentrale Vermittlerrolle bei der Aushandlung des historischen Übereinkommens von Paris: Zum allerersten Mal haben 195 Länder einen universellen, rechtsverbindlichen globalen Vertrag über den Klimaschutz geschlossen. Er umfasst einen globalen Aktionsplan, mit dem es der Welt gelingen soll, einen gefährlichen Klimawandel zu vermeiden, indem die Erderwärmung auf deutlich weniger als 2 °C begrenzt wird. Das Übereinkommen ist wegweisend für den weltweiten Übergang zu sauberer Energie und ein großer Erfolg für die Europäische Union. Europa ist seit Langem beim Klimaschutz führend, und mit der Pariser Übereinkunft konnten wir unsere Ziele weltweit etablieren.

Es gibt noch viel mehr zu sagen, und im Bericht wird vieles ausführlicher beschrieben, doch wenn ich die größten Herausforderungen der letzten zwölf Monate betrachte – ob Flüchtlingskrise, Wirtschaftskrise oder in der Außenpolitik –, dann wird deutlich, dass es nur einen Weg gibt, um diese Herausforderungen zu meistern: Solidarität. Nur als Union können wir erfolgreich sein. Zusammen sind wir stark genug, um die vor uns stehenden Herausforderungen zu bewältigen. Es ist an der Zeit, dass wir mehr Vertrauen in die Fähigkeit Europas setzen, gemeinsame Lösungen für die Probleme zu finden, die jeder Mitgliedstaat auf seine Weise schmerzlich zu spüren bekommt.

Am Ende eines schwierigen Jahres, in dem das Wesen der Europäischen Union infrage gestellt wurde, müssen wir Europäer uns eines in Erinnerung rufen: Aus dem Blickwinkel der Menschen im Nahen Osten, in Afrika und in anderen Teilen der Welt ist Europa eine Insel der Stabilität. Und darauf können wir stolz sein.



Jean-Claude Juncker

DIE EU IM JAHR 2015 PRIORITÄT 1

„Meine erste Priorität als Kommissionspräsident gilt der Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit Europas und der Belegung der Investitionstätigkeit in Europa, um auf diese Weise neue Arbeitsplätze zu schaffen.“

Jean-Claude Juncker, Politische Leitlinien, 15. Juli 2014



Neue Impulse für Arbeitsplätze, Wachstum und Investitionen

► Die EU wieder auf Wachstumskurs bringen, Arbeitsplätze schaffen und die Investitionen steigern, ohne neue Schulden zu machen, das war 2015 eine Top-Priorität. Die Kommission unterbreitete Vorschläge für Strukturreformen und drängte auf eine verantwortungsvolle Haushaltspolitik. Um das Investitionsniveau der EU-Wirtschaft wieder anzuheben, brachte die Kommission zusammen mit der **Europäischen Investitionsbank** die **Investitionsoffensive für Europa** auf den Weg, die neue Finanzinstrumente umfasst. Das Europäische Parlament und der Rat der Europäischen Union erteilten in Rekordzeit ihre Zustimmung zu dem Plan, und es wurde ein neuer **Europäischer Fonds für strategische Investitionen** geschaffen. Dieser Fonds ist mit einem Ausgangskapital von 21 Mrd. EUR ausgestattet, und es wird erwartet, dass er dank der Multiplikatorwirkung das 15-Fache an Investitionen generiert, d. h. über 315 Mrd. EUR.

Die **Europäischen Struktur- und Investitionsfonds**, die für den Zeitraum 2014-2020 über einen Etat von 454 Mrd. EUR verfügen, investierten über das gesamte Jahr hinweg in für die EU vorrangige Bereiche. Über die operationellen Programme im Rahmen des Europäischen Sozialfonds, für die 86,4 Mrd. EUR bereitgestellt wurden, investierte die EU weiter in die Menschen; zudem stellte sie frühzeitig 1 Mrd. EUR zur Beschleunigung der Beschäftigungsinitiative für junge Menschen zur Verfügung, die Jugendlichen und jungen Erwachsenen helfen soll, einen Arbeitsplatz zu finden.

Die wirtschaftliche und finanzielle Lage Griechenlands war Gegenstand intensiver Verhandlungen auf EU-Ebene. Im Juli legte die Kommission einen **Beschäftigungs- und Wachstumsplan für Griechenland** vor, mit dem bis 2020 bis zu 35 Mrd. EUR zur Unterstützung

des Landes mobilisiert werden sollen. Im August wurden dann die Verhandlungen erfolgreich abgeschlossen, und die Kommission unterzeichnete im Namen des **Europäischen Stabilitätsmechanismus** ein drittes makroökonomisches Anpassungsprogramm für Griechenland. Die Vereinbarung bewahrte das Land vor der Zahlungsunfähigkeit und sicherte seine Zukunft im Euro-Währungsgebiet. Sie ebnete den Weg für die Bereitstellung finanzieller Hilfen in Höhe von 86 Mrd. EUR bis 2018, die an Fortschritte Griechenlands bei der Umsetzung der vereinbarten Reformen geknüpft sind.

DIE EU IM JAHR 2015 PRIORITÄT 2

► 2015 begann die Kommission mit der Umsetzung ihrer Strategie für den vernetzten digitalen Binnenmarkt, die darauf abzielt, Hemmnisse im Online-Umfeld zu beseitigen, die dazu führen, dass den Bürgerinnen und Bürgern der EU bestimmte Waren und Dienstleistungen entgehen. Diese Hemmnisse führen auch dazu, dass Internetunternehmen und Start-ups die Wachstumsmöglichkeiten der Online-Welt nicht voll ausschöpfen können.

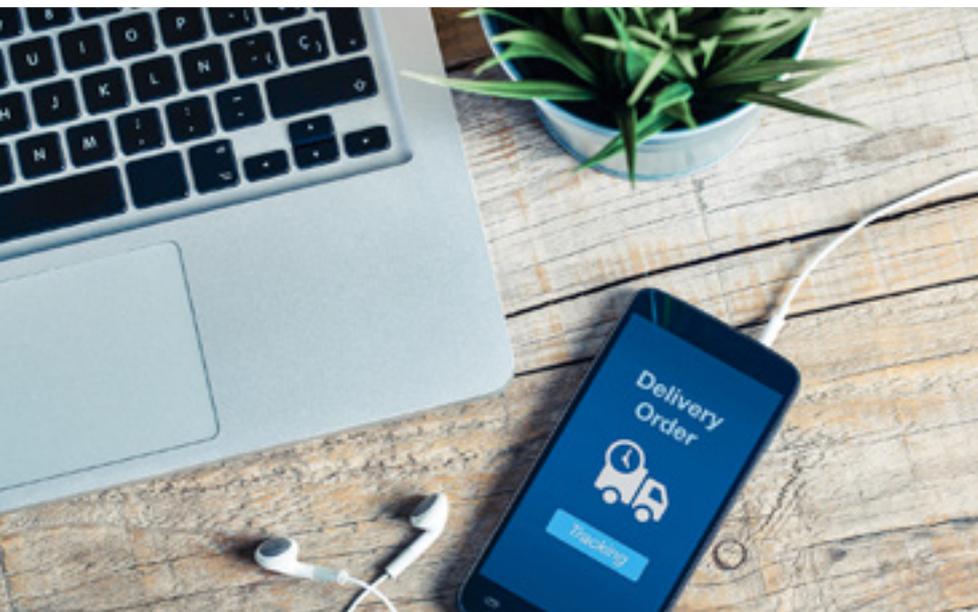
Im Mai unternahm die Kommission die ersten Schritte zur Verwirklichung der Strategie, mit der die EU von 28 nationalen Märkten zu einem **digitalen Binnenmarkt** werden soll, in dem hunderttausende neue Arbeitsplätze entstehen und ein Beitrag von jährlich

415 Mrd. EUR zur Wirtschaft der EU geleistet wird.

Im Dezember erreichten die Organe der EU eine bahnbrechende Einigung darüber, im Juni 2017 endlich die **Roaminggebühren** im Mobilfunk abzuschaffen, sofern zuvor bestimmte Gesetze angenommen werden. Dann werden die Bürgerinnen und Bürger überall in der EU reisen können, ohne zusätzliche Gebühren für die Nutzung ihrer Mobiltelefone, Smartphones oder Tablets zahlen zu müssen. Es gab außerdem eine Einigung darüber, die Netzneutralität – also ein **offenes Internet** für alle – sicherzustellen. Die ersten Gesetzgebungsvorschläge zur Strategie für einen digitalen Binnenmarkt wurden im Dezember vorgelegt und

enthalten **neue Regeln**, damit die EU-Bürger das Recht bekommen, Filme, Sportsendungen, Musik, E-Books und Spiele, für die sie in ihrem eigenen Mitgliedstaat bezahlt haben, auch auf ihren Reisen in der EU zu nutzen. Die Kommission hat darüber hinaus neue **grenzüberschreitende Vertragsregeln** vorgelegt, die Verbraucher, die online in der EU einkaufen, besser schützen und den Unternehmen Expansionsmöglichkeiten im Online-Geschäft bieten sollen.

Auch über die neue **EU-Datenschutzregelung** und die neuen Vorschriften zur EU-weiten Gewährleistung einer hohen gemeinsamen **Netz- und Informationssicherheit** herrscht politischer Konsens.



„Wir müssen die herausragenden Möglichkeiten der digitalen und keine Grenzen kennenden Technologien viel besser nutzen. Hierfür brauchen wir allerdings den Mut, die bestehenden nationalen Silostrukturen in den Telekommunikationsvorschriften, im Urheberrechts- und Datenschutzrecht, bei der Verwaltung von Funkfrequenzen und in der Anwendung des Wettbewerbsrechts aufzubrechen.“

Jean-Claude Juncker, Politische Leitlinien, 15. Juli 2014

Ein vernetzter digitaler Binnenmarkt

DIE EU IM JAHR 2015 PRIORITÄT 3

„Die aktuellen geopolitischen Entwicklungen haben uns vor Augen geführt, dass Europa zu sehr von Erdöl- und Erdgaseinfuhren abhängig ist. Deshalb möchte ich die europäische Energiepolitik reformieren und neu strukturieren und eine neue europäische Energieunion schaffen.“

Jean-Claude Juncker, Politische Leitlinien, 15. Juli 2014

► Zu Beginn des Jahres 2015 setzte sich die EU das Ziel, eine sichere und erschwingliche Energieversorgung für ihre Bürgerinnen und Bürger und Unternehmen zu gewährleisten und gleichzeitig gegen die Ursachen des Klimawandels vorzugehen. Dazu **stellte sie im Februar eine Strategie für eine Energieunion** vor, die den Verbrauchern Geld- und Energieeinsparungen ermöglichen und gleichzeitig dazu beitragen soll, die Umwelt zu schonen und die Versorgungssicherheit zu gewährleisten. Im Juli wurden in diesem Zusammenhang mehrere **Vorschläge vorgelegt**, die unter anderem eine Überarbeitung des EU-Emissionshandelssystems, eine klarere Energieeffizienzkennzeichnung und Maßnahmen zur Stärkung der Stellung der Verbraucher vorsehen. Zudem leitete die Kommission eine

öffentliche Konsultation zur Umgestaltung des Strommarkts ein.

Im Februar legte die Kommission eine Mitteilung zu den Möglichkeiten vor, **das Stromverbundziel von 10 %** bis 2020 in allen Mitgliedstaaten zu verwirklichen. Bis Ende 2015 konnten bereits mehrere Stromverbundinfrastrukturen in Betrieb genommen werden, die die baltischen Staaten im Norden sowie die Iberische Halbinsel und Malta im Süden mit dem Rest der EU verbinden.

Im September nahm die Kommission den neuen Europäischen Strategieplan für Energietechnologie an. Er soll dazu beitragen, die Entwicklung und Einführung von Technologien mit geringen CO₂-Emissionen zu beschleunigen.

In ihrem **Bericht zum Stand der Energieunion** zeigte die Kommission im November die Fortschritte seit Annahme der Rahmenstrategie für die Energieunion auf. Für die Umsetzung dieser Strategie bedarf es jedoch noch weiterer Anstrengungen, weshalb 2016 für die Verwirklichung der Energieunion ein entscheidendes Jahr sein wird.

Darüber hinaus **konnte die EU wesentlich** zur Einigung auf das erste rechtsverbindliche globale Klimaschutzübereinkommen zwischen 195 Ländern beitragen, das im Dezember in Paris geschlossen wurde. Das Übereinkommen sieht einen globalen Maßnahmenplan vor, der darauf abzielt, die globale Erwärmung auf deutlich unter 2 °C zu begrenzen, um gefährliche Klimaänderungen zu verhindern. Zudem sandte es das klare Signal an Investoren, Unternehmen und politische Entscheidungsträger aus, dass die weltweite Umstellung auf umweltverträgliche Energiequellen und die Abkehr von umweltschädlichen fossilen Brennstoffen verstärkt weiterverfolgt werden muss.



Eine robuste Energieunion mit einer zukunftsorientierten Klimapolitik



Ein vertiefter und fairerer Binnenmarkt mit gestärkter industrieller Basis

► Im Jahr 2015 stellte die Kommission ihre Pläne zur Verwirklichung des oben genannten Ziels vor: auf die Stärke des EU-Binnenmarkts bauen und sein Potenzial in allen Richtungen ausschöpfen. Der Binnenmarkt bietet bereits zahlreiche Vorteile: Viele Waren und Dienstleistungen sind leichter erhältlich, die Preise sind niedriger, es bestehen größere geschäftliche Chancen, und die Sicherheits- und Umweltschutzstandards sind höher.

Darüber hinaus entwickelt die Kommission den Binnenmarkt ständig weiter, damit die Unternehmen und die Industrie der EU in der globalisierten Weltwirtschaft expandieren können. Sie veröffentlichte im Oktober die [Binnenmarktstrategie](#), die sowohl den Verbrauchern als auch den Unternehmen neue Möglichkeiten eröffnen soll.

Im Herbst gab die Kommission zudem den Startschuss für die [Kapitalmarktunion](#) samt einem 33 Maßnahmen umfassenden [Aktionsplan](#). Damit will sie es gerade den kleineren Unternehmen erleichtern, sich die Kapitalmärkte zu erschließen und dort die Finanzierung zu erhalten, die sie benötigen. Die Stabilität des Finanzsystems der EU hängt wesentlich von diesem Kapitalzugang ab.

Außerdem benötigt die EU einen Rahmen für die faire und wirksame Besteuerung von Unternehmensgewinnen. Dadurch ließen sich die Steuerlast ausgewogen verteilen und Wirtschaftswachstum sowie Investitionen nachhaltig fördern. Dies würde zudem zur Diversifizierung der Finanzierungsquellen und zur Stärkung der

„In Zeiten zunehmender Globalisierung ist der Binnenmarkt Europas größter Trumpf. Deshalb soll die nächste Kommission nach meinem Willen auf die Stärke unseres Binnenmarkts bauen und sein Potenzial in allen Richtungen ausschöpfen.“

Jean-Claude Juncker, Politische Leitlinien, 15. Juli 2014

Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft beitragen. Die Kommission schlug im März ein [Maßnahmenpaket](#) für mehr Transparenz bei der Körperschaftsteuer vor. Dem folgte im Juni ein [Aktionsplan](#), mit dem ein umfassendes Konzept für eine gerechte und effiziente Unternehmensbesteuerung eingeführt werden soll. Im Jahresverlauf leitete die Kommission nach den Vorschriften für staatliche Beihilfen Prüfverfahren ein, um zu untersuchen, ob bestimmte Mitgliedstaaten ausgewählten Unternehmen steuerliche Vorteile gewährt haben.

DIE EU IM JAHR 2015 PRIORITÄT 5

► Am 1. Januar 2015 [schloss sich Litauen als 19. Mitgliedstaat dem Euro-Währungsgebiet an.](#)

Die Vollendung der [Wirtschafts- und Währungsunion](#) behielt für die EU das ganze Jahr über Priorität. Dahinter steht das Ziel, allen Bürgerinnen und Bürgern bessere und fairere Lebensbedingungen zu bieten und sich für künftige weltweite Herausforderungen zu rüsten. Der künftige Wohlstand der EU wird davon abhängen, dass das Potenzial des Euro, Arbeitsplätze, Wachstum, soziale Fairness und Finanzstabilität zu schaffen, ausgeschöpft wird. Allerdings ist der Euro ein politisches Projekt, das politische Kontrolle und demokratische Rechenschaftspflicht verlangt. Das Parlament trug 2015 maßgeblich dazu bei, diese Rechenschaftspflicht sicherzustellen.

Beim Aufbau der soliden Architektur, die der Euroraum als zweitgrößte Volkswirtschaft der Welt benötigt, ist die EU ein gutes Stück vorangekommen. Trotz der Fortschritte der letzten Jahre bestehen innerhalb des Euroraums nach wie vor große Unterschiede. Durch die jüngste Krise sind die vorhandenen Schwachstellen noch deutlicher hervorgetreten: 18 Millionen Menschen sind im Euroraum ohne Arbeit, und viele sind von sozialer Ausgrenzung bedroht.

Im Juni wurde der [Bericht der fünf Präsidenten](#) zur Vollendung der Wirtschafts- und Währungsunion vorgestellt. Der Bericht war das Ergebnis gemeinsamer Überlegungen der Präsidenten der Europäischen Kommission, des Europäischen Rates, der Eurogruppe, der Europäischen Zentralbank und des Europäischen Parlaments. In dem Bericht wird vorgeschlagen, auf kurze Sicht die vorhandenen Instrumente und bestehenden Verträge zu nutzen, um die Wettbewerbsfähigkeit und

die strukturelle Konvergenz zu fördern, eine verantwortungsvolle Haushaltspolitik in den einzelnen Mitgliedstaaten und im Euroraum sicherzustellen und die Finanzunion zu vollenden. Längerfristig muss der Konvergenzprozess verbindlicher gestaltet werden, beispielsweise indem Referenzwerte für die Konvergenz vereinbart werden und ein euroraumweites Schatzamt eingerichtet wird. Im Oktober beschloss die Kommission ein [erstes Maßnahmenpaket zur Umsetzung des im Bericht enthaltenen Plans.](#)

„In den nächsten fünf Jahren möchte ich die Reform unserer Wirtschafts- und Währungsunion weiterführen, um unsere einheitliche Währung stabil zu halten und die Konvergenz der Wirtschafts-, Finanz- und Arbeitsmarktpolitik der an der einheitlichen Währung teilnehmenden Mitgliedstaaten zu erhöhen.“

Jean-Claude Juncker, Politische Leitlinien, 15. Juli 2014



Eine vertiefte und fairere Wirtschafts- und Währungsunion

DIE EU IM JAHR 2015 PRIORITÄT 6

„Unter meiner Präsidentschaft wird die Kommission im Geiste der Gegenseitigkeit sowie des wechselseitigen Nutzens und der beiderseitigen Transparenz ein vernünftiges und ausgewogenes Freihandelsabkommen mit den Vereinigten Staaten aushandeln. ... Ich werde auch unmissverständlich klarstellen, dass ich nicht bereit bin, europäische Standards im Bereich Sicherheit, Gesundheit, Soziales, Datenschutz oder unsere kulturelle Vielfalt auf dem Altar des Freihandels zu opfern.“

Jean-Claude Juncker, Politische Leitlinien, 15. Juli 2014



Ein vernünftiges und ausgewogenes Freihandelsabkommen mit den Vereinigten Staaten

► Die Verhandlungen mit den Vereinigten Staaten über die [Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft](#) waren auch im Jahr 2015 eine der größten Herausforderungen der EU. Im Laufe des Jahres wurden in vier Verhandlungsrunden [Fortschritte](#) in einer Reihe von Bereichen erzielt. Die Kommission hat deutlich gemacht, dass bei jeder Vereinbarung gewährleistet sein muss, dass das derzeitige hohe Schutzniveau der EU aufrechterhalten bleibt. Im Rahmen der Wirtschaftsbeziehungen zwischen der EU und den Vereinigten Staaten wird weltweit das größte Handelsvolumen umgeschlagen. Unabhängige Studien und die bestehenden EU-Handelsabkommen deuten darauf hin, dass ein neues Freihandelsabkommen mit den USA dazu beitragen würde, Wachstum zu schaffen, die Preise zu senken und den Verbrauchern eine größere Auswahl an Waren und Dienstleistungen zu bieten.

Um den Bedenken Rechnung zu tragen, die aus der Zivilgesellschaft an sie herangetragen wurden, hat die Kommission dafür gesorgt, dass die Verhandlungen offener und transparenter als je zuvor geführt werden. Das ganze Jahr über stand die Kommission mit Interessenträgern in Verbindung, veröffentlichte Verhandlungstexte und stellte ausführliche Informationen über die Verhandlungen bereit.

Im Verlauf des Jahres trieb die EU ihre Handelspolitik weiter voran. Sie bemühte sich um die Aufrechterhaltung des [Welthandelssystems](#) und spielte eine aktive Rolle im Rahmen der Welthandelsorganisation. Im Herbst veröffentlichte die Kommission ihre neue [Handels- und Investitionsstrategie](#).

In den Beziehungen zu den wichtigsten Partnerländern bildete die Öffnung der Märkte nach wie vor ein zentrales Element

der EU-Handelspolitik. Die EU setzte ihre Verhandlungen über Freihandelsabkommen fort, u. a. mit Japan und Vietnam. Das Abkommen mit Vietnam wurde 2015 geschlossen. Darüber hinaus beteiligte sich die EU an plurilateralen Verhandlungen im Rahmen der Welthandelsorganisation über ein [Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen](#) und ein [Abkommen über den Handel mit Umweltschutzgütern](#).



Ein auf gegenseitigem Vertrauen basierender Raum des Rechts und der Grundrechte

► Über das gesamte Jahr 2015 hat die EU ihre politischen Maßnahmen im Bereich Justiz, Grundrechte und Bürgerschaft weiterentwickelt. Diese stützen sich auf die zentralen Werte der EU: Demokratie, Freiheit, Toleranz und Rechtsstaatlichkeit. Die Bürgerinnen und Bürger der EU müssen darauf vertrauen dürfen, dass, wo auch immer sie sich in der Europäischen Union aufhalten, ihre Freiheit und Sicherheit gleichermaßen gut geschützt sind.

Im April hat die Kommission die [Europäische Sicherheitsagenda](#) vorgestellt. Im Mittelpunkt dieser Agenda stehen Bereiche, in denen der Beitrag der EU echte Verbesserungen bewirken kann, beispielsweise einen besseren Austausch von Informationen und eine verstärkte polizeiliche und justizielle Zusammenarbeit.

Nach den Terroranschlägen in Paris im Januar und November haben die Mitgliedstaaten beschlossen, [gemeinsam gegen den Terrorismus vorzugehen](#). Sie haben Maßnahmen getroffen, um Radikalisierung zu verhindern, den Terroristen die finanzielle Basis zu entziehen und die Zusammenarbeit zwischen dem EU-Polizeiamt Europol und der EU-Agentur für justizielle Zusammenarbeit Eurojust zu verbessern.

Im Bereich der Justiz hat die Kommission wie versprochen die [EU-Datenschutzreform](#) vollendet, die einen besseren Schutz der personenbezogenen Daten der Bürgerinnen und Bürger gewährleistet. Die Kommission hat außerdem Fortschritte bei der Errichtung der [Europäischen Staatsanwaltschaft](#) erzielt, die für die Ermittlungen und die

„Ich habe die Absicht, die Vorrechte der Kommission dazu zu nutzen, unsere gemeinsamen Werte, die Rechtsstaatlichkeit und die Grundrechte innerhalb unseres Zuständigkeitsbereichs zu bewahren, wobei ich gleichzeitig der Vielfalt der verfassungsrechtlichen und kulturellen Traditionen der 28 Mitgliedstaaten gebührend Rechnung tragen werde.“

Jean-Claude Juncker, Politische Leitlinien, 15. Juli 2014

Strafverfolgung in Betrugsfällen zum Nachteil der finanziellen Interessen der Union zuständig sein soll.

Die Kommission hat die Verhandlungen über ein [Datenschutz-Rahmenabkommen](#) zwischen der EU und den USA abgeschlossen. Das Abkommen dient dem Schutz personenbezogener Daten, die im Rahmen der Verhütung, Aufdeckung, Untersuchung und Verfolgung von Straftaten, einschließlich Terrorismus, zwischen der Europäischen Union und den Vereinigten Staaten übermittelt werden. Außerdem wird es den Bürgerinnen und Bürgern der EU die Möglichkeit eröffnen, in den Vereinigten Staaten Rechtsbehelf nach US-amerikanischem Recht einzulegen.

DIE EU IM JAHR 2015 PRIORITÄT 8

► Im Jahr 2015 hat das Leid Tausender Flüchtlinge, die ihr Leben aufs Spiel setzen, um in die EU zu gelangen, die Welt erschüttert. Im Laufe des Jahres wurde Europa Zeuge der größten Massenzuwanderung seit dem Zweiten Weltkrieg. Die EU setzte sich verstärkt für die Rettung von Menschenleben, die Bekämpfung des Menschenhandels und für eine engere Zusammenarbeit mit Herkunfts- und Transitländern ein. Sie brachte Initiativen auf den Weg, die bei den Ursachen ansetzen, die Menschen zu Flucht und Migration zwingen: Armut, Krieg, Verfolgung, Menschenrechtsverletzungen und Naturkatastrophen.

Im Mai stellte die Kommission mit der [Europäischen Migrationsagenda](#) ein Gesamtkonzept für die Migrationssteuerung vor. Die Agenda zielt darauf ab, die Anreize für irreguläre Migration zu verringern, Menschenleben zu retten und die Außengrenzen der EU zu sichern. Sie bildet das Fundament für eine starke gemeinsame Asylpolitik und eine neue Politik der legalen Migration.

„Die jüngsten furchtbaren Vorfälle im Mittelmeer haben uns gezeigt, dass Europa seinen Umgang mit der Migration in jeder Hinsicht verbessern muss. Dies ist zuallererst ein Gebot der Menschlichkeit. Nach meiner Überzeugung müssen wir im Geiste der Solidarität eng zusammenarbeiten.“

Jean-Claude Juncker, Politische Leitlinien, 15. Juli 2014

Im September mobilisierte die Kommission zusätzliche Mittel in Höhe von 1,8 Mrd. EUR für die Bewältigung der Migrations- und Flüchtlingsströme. Dadurch erhöhte sich der Gesamthaushalt der EU für die Bewältigung der Krise auf 9,3 Mrd. EUR für den Zeitraum 2015-2016. Die Mitgliedstaaten vereinbarten, 160 000 Menschen, die internationalen Schutz benötigen, von den am stärksten betroffenen Mitgliedstaaten auf andere Mitgliedstaaten zu verteilen. Darüber hinaus einigten sie sich darauf, 22 000 Flüchtlinge aus Flüchtlingslagern außerhalb der EU in der EU anzusiedeln. Mit einer Verdreifachung der Finanzmittel für ihre maritimen Patrouillen auf den Migrationsrouten im zentralen und östlichen Mittelmeerraum trug die EU zu der Rettung von mehr als 252 000 Menschenleben

bei. Außerdem verstärkte sie ihre Bemühungen zur Bekämpfung von Schleusern und zur Zerschlagung von Menschenhändlerringen. Die EU mobilisierte rund 4 Mrd. EUR, um syrischen Flüchtlingen sowohl in Syrien als auch in den Nachbarländern zu helfen. Im Oktober [berief Kommissionspräsident Juncker ein Treffen der Staats- und Regierungschefs](#) ein, um über Flüchtlingsströme auf der Westbalkan-Route zu beraten.



Hin zu einer neuen Migrationspolitik

DIE EU IM JAHR 2015 PRIORITÄT 9

„Wir brauchen ein stärkeres Europa im Bereich der Außenpolitik. Die Ukraine-Krise und die besorgniserregende Lage im Nahen Osten zeigen, wie wichtig es ist, dass Europa nach außen hin zusammensteht.“

Jean-Claude Juncker, Politische Leitlinien, 15. Juli 2014

► Nach jahrelangen diplomatischen Anstrengungen unter Leitung der EU wurde im Juli 2015 eine [internationale Einigung von historischer Tragweite über das iranische Nuklearprogramm](#) erzielt. Das Abkommen wurde von der EU zusammen mit China, Deutschland, Frankreich, Russland, dem Vereinigten Königreich und den Vereinigten Staaten ausgehandelt. Iran sagte zu, unter keinen Umständen jemals zu versuchen, in den Besitz von Nuklearwaffen zu gelangen oder solche zu entwickeln.

Die EU spielte das ganze Jahr über bei den internationalen Anstrengungen zur Lösung der Krisen in Irak, Libyen, Syrien und in der Ukraine weiterhin eine führende Rolle. Gemeinsam mit

ihren internationalen Partnern ging sie entschlossen und kontinuierlich gegen die Aktivitäten von ISIL/Da'esh vor.

Die genannten Krisen – vor allem der Bürgerkrieg in Syrien – zwangen eine wachsende Zahl von Menschen zur Flucht aus ihrer Heimat. Die EU leistete weiterhin humanitäre Hilfe für durch die Konflikte vertriebene Bevölkerungsgruppen, unterstützte Menschen, die aus den Kriegsgebieten fliehen wollten, und engagierte sich für die Bekämpfung der eigentlichen Krisenursachen.

Die [Generaldirektion Humanitäre Hilfe und Katastrophenschutz \(ECHO\)](#) der Kommission stellte im Laufe des Jahres [Nahrungsmittel](#), [Unterkünfte](#), [Schutzmaßnahmen](#), [Gesundheitsversorgung](#) und sauberes [Wasser](#) für insgesamt über 120 Millionen Opfer von Naturkatastrophen oder Konflikten in 80 Ländern bereit. Außerdem setzte sich die EU durch spezielle Menschenrechtsdialoge, Interessenvertretung in multilateralen Foren und im Rahmen des Europäischen Instruments für Demokratie und Menschenrechte für die weltweite Achtung der Menschenrechte und des Völkerrechts ein.

2015 war zudem [das Europäische Jahr für Entwicklung](#). Auf der Generalversammlung der Vereinten Nationen wurden mit politischer Unterstützung der EU und ihrer Mitgliedstaaten neue Ziele für eine nachhaltige Entwicklung beschlossen. Damit wurde ein globaler Rahmen für die Verwirklichung einer nachhaltigen Entwicklung und die Beseitigung der Armut abgesteckt. Die EU blieb auch 2015 der weltgrößte Geber von Entwicklungshilfe.



Mehr Gewicht auf der internationalen Bühne

DIE EU IM JAHR 2015 PRIORITÄT 10

„Dass der Präsident der Europäischen Kommission unter Berücksichtigung des Ergebnisses der Wahlen zum Europäischen Parlament vorgeschlagen und gewählt wird, ist zwar wichtig, stellt jedoch nur einen ersten Schritt hin zu einem insgesamt demokratischeren Europa dar. Eine von mir geführte Europäische Kommission würde sich dafür einsetzen, die besondere Partnerschaft mit dem Europäischen Parlament mit neuem Leben zu erfüllen. ... Ferner setze ich mich für größere Transparenz bei Kontakten mit Interessenträgern und Lobbyisten ein. ... Ich beabsichtige auch, die Rechtsvorschriften für die Zulassung genetisch veränderter Organismen zu überprüfen.“

Jean-Claude Juncker, Politische Leitlinien, 15. Juli 2014



Eine Union des demokratischen Wandels

► 2015 war das [Europäische Parlament](#) der Ort wichtiger Debatten zu brisanten politischen Themen, die von der wirtschaftlichen Lage Griechenlands bis zur Flüchtlingskrise reichten. Im Oktober sprachen die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel und der französische Staatspräsident François Hollande vor den europäischen Volksvertretern. Dies war das erste Mal in über 30 Jahren, dass sich die Staats- und Regierungschefs der beiden größten EU-Mitgliedstaaten gemeinsam an das Europäische Parlament wandten. Ein weiterer Höhepunkt im Oktober war die Verleihung des [Sacharow-Preises für geistige Freiheit](#) an den saudi-arabischen Blogger und Menschenrechtsaktivisten Raif Badawi.

Der Vorsitz im Rat der Europäischen Union wurde 2015 turnusgemäß von [Lettland](#) und [Luxemburg](#) wahrgenommen. Die

Tagesordnung des Rates war von den wichtigen Entwicklungen des vergangenen Jahres geprägt: Spannungen in der Ukraine, Terrorismus, Flüchtlingskrise, Lage in Griechenland ...

Der [Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss](#) und der [Ausschuss der Regionen](#) konzentrierten sich auf das Arbeitsprogramm der Kommission für 2015. Außerdem wählten beide Gremien neue Präsidenten: An der Spitze des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses steht nun Georges Dassis. Neuer Präsident des Ausschusses der Regionen ist Markku Markkula.

Die [Parlamente der EU-Mitgliedstaaten](#) bezogen im [politischen Dialog mit der Europäischen Kommission](#) und über den [Subsidiaritätskontrollmechanismus](#) zu EU-Angelegenheiten Stellung. Als Wächter der Subsidiarität

können die nationalen Parlamente Stellungnahmen abgeben, wenn sie der Auffassung sind, dass ein Gesetzesentwurf der Kommission nicht mit dem Subsidiaritätsprinzip vereinbar ist. Im Rahmen des politischen Dialogs waren die Kommissionsmitglieder häufig zu Gast bei den nationalen Parlamenten und ihren Ausschüssen, um Prioritäten und politische Initiativen zu erläutern.

Im Laufe des Jahres 2015 hielt die Kommission 53 [Bürgerdialoge](#) in den EU-Mitgliedstaaten ab, bei denen die Bürgerinnen und Bürger sich bei den Entscheidungsträgern der EU Gehör verschaffen konnten.

Weitere Informationen über die Europäische Union

DIE EU IM INTERNET

Informationen über die Europäische Union sind in allen Amtssprachen abrufbar unter: europa.eu

BESUCHEN SIE UNS!

In ganz Europa gibt es Hunderte von örtlichen EU-Informationszentren.

Die Anschrift des nächstgelegenen Zentrums finden Sie unter: europedirect.europa.eu

RUFEN SIE UNS AN ODER SCHREIBEN SIE UNS!

Europe Direct beantwortet Ihre Fragen über die Europäische Union. Sie erreichen diesen Dienst über die gebührenfreie Rufnummer 00 800 6 7 8 9 10 11 (einige Mobilfunkbetreiber gewähren keinen Zugang zu „00800“-Nummern oder berechnen möglicherweise eine Gebühr) oder gebührenpflichtig von außerhalb der EU: +32 22999696 bzw. per E-Mail über europedirect.europa.eu

LESENSWERTES

Veröffentlichungen über die EU sind nur einen Mausklick entfernt auf der Website des EU Bookshop: bookshop.europa.eu

Für Auskünfte und Veröffentlichungen über die Europäische Union in deutscher Sprache wenden Sie sich bitte an:

VERTRETUNGEN DER EUROPÄISCHEN KOMMISSION

Vertretung in Deutschland

Unter den Linden 78
10117 Berlin
DEUTSCHLAND
Tel. +49 302280-2000
Internet: ec.europa.eu/deutschland/
E-Mail: eu-de-kommission@ec.europa.eu

Vertretung in Bonn

Bertha-von-Suttner-Platz 2-4
53111 Bonn
DEUTSCHLAND
Tel. +49 228530090
E-Mail: eu-de-bonn@ec.europa.eu

Vertretung in München

Bob-van-Benthem-Platz 1
80469 München
DEUTSCHLAND
Tel. +49 892424480
E-Mail: eu-de-muenchen@ec.europa.eu

Vertretung in Belgien

Rue de la Loi 170
1040 Brüssel
BELGIEN
Tel. +32 22953844
Internet: ec.europa.eu/belgium/
E-Mail: comm-rep-bru@ec.europa.eu

Vertretung in Luxemburg

Europahaus
7, rue du Marché-aux-Herbes
1728 Luxemburg
LUXEMBURG
Tel. +352 4301-34925
Internet: ec.europa.eu/luxembourg/
E-Mail: comm-rep-lux@ec.europa.eu

Vertretung in Österreich

Haus der Europäischen Union
Wipplingerstraße 35
1010 Wien
ÖSTERREICH
Tel. +43 151618-0
Internet: ec.europa.eu/austria/
E-Mail: comm-rep-vie@ec.europa.eu

BÜROS DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS

Informationsbüro für Deutschland

Europäisches Haus
Unter den Linden 78
10117 Berlin
DEUTSCHLAND
Tel. +49 302280-1000
Internet: europarl.de
E-Mail: epberlin@europarl.europa.eu

Informationsbüro München

Bob-van-Benthem-Platz 1
80469 München
DEUTSCHLAND
Tel. +49 892020-8790
Internet: europarl.de
E-Mail: epmuenchen@europarl.europa.eu

Informationsbüro für Belgien

Rue Wiertz 60
1047 Brüssel
BELGIEN
Tel. +32 22842005
Internet: europarl.be/
E-Mail: epbrussels@europarl.europa.eu

Informationsbüro für Luxemburg

Europahaus
7, rue du Marché-aux-Herbes
2929 Luxemburg
LUXEMBURG
Tel. +352 4300-22597
Internet: europarl.lu/
E-Mail: epluxembourg@europarl.europa.eu

Informationsbüro für Österreich

Haus der Europäischen Union
Wipplingerstraße 35
1010 Wien
ÖSTERREICH
Tel. +43 151617-0
Internet: europarl.at
E-Mail: epwien@europarl.europa.eu

Vertretungen der Europäischen Kommission und Büros des Europäischen Parlaments bestehen auch in den übrigen Ländern der Europäischen Union. Delegationen der Europäischen Union bestehen in anderen Teilen der Welt.

War diese Veröffentlichung hilfreich? Wir freuen uns über Ihr Feedback: comm-publi-feedback@ec.europa.eu

Die Europäische Union



- Mitgliedstaaten der Europäischen Union (2016)
- Beitrittskandidaten und potenzielle Beitrittskandidaten

